

SCHULZ REPORT

Informationen über die parlamentarische Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten



STELLENSTREICHUNGEN ZURÜCKNEHMEN!

Seit Jahren habe ich regelmäßigen Kontakt zu den Siemens-Betriebsräten in Spandau, besonders intensiv zum Dynamowerk. Und schon seit langem waren Gerüchte im Umlauf, dass der Siemens-Vorstand Stellen streichen will. Es sieht so aus, als ob die Manager die Bundestagswahlen und die unklare politische Situation abgewartet haben, um ihre harten Kürzungspläne zu verkünden: Der Siemens-Konzern will nahezu 900 Arbeitsplätze in Berlin abbauen und das Dynamowerk in Spandau ist bedroht. Auch andere Standorte insbesondere in Ostdeutschland sind massiv betroffen. Und das, wo der Vorstand gerade den Rekordgewinn von über sechs Milliarden Euro verkündet hat. Bei einem solchen Ergebnis betriebsbedingte Kündigungen – das ist unanständig!

Besonders empörend ist, dass die Situation in der betroffenen Kraftwerkssparte auch durch Managementfehler mitverursacht wurde: Jedes Jahr ein neuer Werksleiter, ansonsten keine Konzepte sich auf veränderte Marktbedingungen einzustellen. Die Mitarbeiter müssen es nun ausbaden!

Die IG Metall hat zu Protesten aufgerufen, die ich nach Kräften unterstütze. So habe ich nicht nur an einer Kundgebung in der Siemensstadt teilgenommen und dort auch neben Helmut Kleebank und anderen gesprochen, sondern auch gemeinsam mit Eva Högl, der Abgeordneten aus Mitte, eine Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag initiiert, um das Thema auf

höchster Ebene anzusprechen. Zuvor hatten wir ein Treffen von Beschäftigten mit Andrea Nahles und Martin Schulz arrangiert.

Es ist wichtig, politischen und öffentlichen Protest zu organisieren. Denn Siemens ist auch von der öffentlichen Meinung und von der Politik abhängig. Schließlich erhält Siemens immer wieder öffentliche Unterstützung, sei es durch Exporthilfen, Wirtschafts- oder Wissenschaftsförderung.

Darum fordere ich, dass Angela Merkel sich auch und gerade in dieser turbulenten politischen Phase bei Siemens-Chef Joe Kaeser für die Arbeitsplätze und für den Industriestandort einsetzt.

Aber es gibt auch andere Handlungsfelder. Siemens darf bei Realisierung der Streichungspläne nicht damit rechnen, politische Unterstützung zu erhalten. So gehören Siemens ja viele Grundstücke in Siemensstadt. Der Konzern sollte nicht damit rechnen können, diese durch Umwandlung von Gewerbe- in Bauland wertsteigernd verkaufen zu können. Sie dürfen nicht auch noch aus dem Abbau des Industriestandortes Kapital schlagen!





Liebe Genossinnen und Genossen,
seit dem Bundestagswahlkampf ist dies die erste Ausgabe des „Schulz-Reportes“. Und das in wirklich außerordentlich turbulenten Tagen.

Zunächst zum Wahlergebnis: Ich habe mich natürlich gefreut, dass wir in Spandau/Charlottenburg-Nord ein vergleichsweise starkes Ergebnis erzielt und den Wahlkreis zurückgewonnen haben. Herzlichen Dank an alle, die geholfen haben!

Aber insgesamt war das Ergebnis natürlich nicht gut. Und darum war der Rückzug von der Großen Koalition nur folgerichtig. Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche von CDU/CSU, FDP und Grünen aber wird plötzlich die SPD wieder gefragt, die Kohlen aus dem Feuer zu holen.

Neuwahlen sind keine gute Idee. Wir sollten nicht so lange wählen lassen, bis uns das Ergebnis passt. Und die Gefahr ist sehr groß, dass das Wahlergebnis nicht anders, jedenfalls nicht besser wird. Doch eine „GroKo“ lehne ich weiterhin ab: Die Argumente dagegen sind grundsätzlicher Natur und gelten auch in dieser Situation: CDU/CSU wie auch die SPD sind abgestraft worden, es gibt kaum politische Übereinstimmungen, die politischen Ränder würden weiter gestärkt und die Oppositionsführung an die AfD gehen.

Was also tun? Eine gute Lösung gibt es nicht – dafür hätte die SPD ein wesentlich besseres Wahlergebnis bekommen müssen. Aber es gibt Wege zwischen den Extremen Große Koalition und Neuwahlen, über die wir mit allen demokratischen Parteien reden sollten. Und: der Bundestag ist ja handlungsfähig. Wenn die geschäftsführende Bundesregierung agieren und ein Minister seine Zustimmung zu Glyphosat geben kann, dann kann der Bundestag auch ohne die Bundesregierung Gesetze machen, etwa ein modernes Einwanderungsgesetz. Wir haben einen Entwurf eingebracht!

Ich bin gespannt, was die nächsten Tage passiert – vielleicht gibt es ja neue Entwicklungen und Überraschungen schon in den Tagen bis dieser Schulz-Report gedruckt ist.

Für Rückfragen, Kritik und Anregungen stehe ich wie immer gerne zur Verfügung.

SL SCHULZ

Swen Schulz

Verspätete Postzustellung

Seit Monaten bekommen viele Bürgerinnen und Bürger ihre Briefe verspätet. Die Post gab dies auf meine Nachfrage hin unumwunden zu. Sie hat Zustellprobleme aus verschiedensten Gründen: Es fehlten Aushilfskräfte, zugleich gebe es mehr Briefsendungen und zudem bescherten die Sturmtiefs den Zustellern noch Ärger: Viele Mitarbeiter hätten ihren Arbeitsplatz gar nicht oder nur erheblich verspätet erreichen können. Wegen des Sturms kam es laut Post außerdem zu Stromausfällen und Blitzschäden, weshalb die Maschinen in den Sortierzentren über einen längeren Zeitraum ausfielen. Damit nicht genug, soll es laut Post außerplanmäßig zu einem hohen Krankenstand in einigen Zustellstützpunkten gekommen sein.



Nun soll es aber besser werden, hat mir die Post zugesichert. Es wurde eine „Task-Force“ eingerichtet und personelle Unterstützung angekündigt. Ich bin allerdings skeptisch, ob es gelingt, denn bis zum Jahresende werden noch immer ungefähr 100 Kräfte gesucht. Weitere Verzögerungen bei der Postzustellung sind also nicht ausgeschlossen – zumal im Weihnachtsgeschäft. Auch die Bundesnetzagentur beobachtet die Arbeit der Post, wie sie mir auf Nachfrage mitteilte. Ich hoffe aber, dass solch gravierende Mängel in Zukunft unterbunden werden. Sollten die Probleme fortbestehen, werde ich das Problem im Bundestag thematisieren, denn hier handelt es sich ja nicht um irgendeine private Dienstleistung, sondern um ein Stück Daseinsvorsorge.





Einwanderungsgesetz nötig

Es mag widersprüchlich klingen, aber um unseren Wohlstand und unsere Sozialsysteme stabil zu halten, brauchen wir Zuwanderung und zwar qualifizierte Fachkräfte auch jenseits der Arbeitskräfte aus den anderen EU-Ländern. Um sie gezielt anzuwerben und zugleich die Zuwanderung zu steuern und zu ordnen, haben wir jetzt im November ein Gesetz zur Neuordnung der Einwanderung qualifizierter Fachkräfte in den Bundestag eingebracht.

Selbstverständlich hat Vorrang, dass sich die hier lebenden Menschen für den Arbeitsmarkt besser qualifizieren oder weiterbilden sollen. Doch alle diese Bemühungen werden nicht ausreichen, um genügend Erwerbstätige zu mobilisieren. Deutschland ist daher auf die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen.

Wir müssen daher Klarheit geben, wer kommen und wer nicht kommen kann. Ausgewählt werden die Fachkräfte nach einem Punktesystem ähnlich wie in Kanada, mit dem sie je nach Qualifikation oder Sprachfähigkeiten bewertet

würden. Abhängig von der Lage auf dem Arbeitsmarkt soll der Bundestag jährlich neu festlegen, wie viele Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland kommen können. Das Punktesystem berücksichtigt Qualifikation, Sprachkenntnisse, Alter, Arbeitsplatzangebot und andere Integrationsaspekte der Bewerberinnen und Bewerber.

Das Recht auf Asyl bleibt davon unberührt. Aber all diejenigen, die eigentlich hier nur arbeiten wollen, haben eine Chance. Denn bisher wählen viele das Asylrecht, die in Deutschland einen Job suchen, aber nicht politisch verfolgt sind. Damit überlasten sie die Asylverfahren. Gleichzeitig erhalten viele mit guter Qualifikationen kein Asyl – obwohl sie angesichts des Fachkräftemangels in Deutschland gebraucht werden. Hier setzt das Einwanderungsgesetz an.

Nachlesen kann man den Gesetzentwurf unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/000/1900044.pdf>.

Natürlich schicke ich ihn Euch auch gerne zu. Ein Anruf unter 227 70 187 genügt.



Dauerthema Bahnunterführung

Die Bahnunterführung in der Klosterstraße ist und bleibt ein Dauerthema. Und leider auch ein Dauerthema des Hin- und Herschiebens von Verantwortlichkeiten. Wir erinnern uns:

2016 hatte es seitens des Bezirksamtes geheißen, dass die Verzögerungen in der Realisierung vor allem am Eisenbahnbundesamt lägen. Die entsprechenden Genehmigungen würden noch fehlen. Das Eisenbahnbundesamt widersprach. Bereits Ende 2013 sei das Bezirksamt informiert worden, dass es bei dieser Maßnahme keiner Genehmigung des Eisenbahnbundesamtes bedarf. Im Gegenteil sei das Bezirksamt säumig.

Im Mai 2017 erfuhr ich, dass endlich das Genehmigungsverfahren bei der DB Immo laufe – und zwar seit dem Jahreswechsel 2016/2017. Im Zuge des Prüfverfahrens seien aber noch Unterlagen nachgefordert worden. Diese würden derzeit

vom Planungsbüro erarbeitet. Der Zeitpunkt der Genehmigung durch die DB AG ließe sich nicht abschätzen.

Im Juli hakte ich bei der Bahn nach. Denn ich hatte derweil aus dem Bezirksamt die Information, dass alle notwendigen Unterlagen bei der Bahn eingereicht worden seien, dass man loslegen würde, sobald die Zustimmung vorläge.

Jetzt im November teilte mir die DB AG mit, dass Prüfungen noch laufen würden, da man noch auf Ergänzungsunterlagen warten würde. Ich bin gespannt, aber auch ein wenig verzweifelt. Wenn allein das Genehmigungsverfahren für die Neugestaltung einer Bahnunterführung so aufwendig ist, von den tatsächlichen baulichen Maßnahmen gar nicht zu reden, wie sollen denn Großprojekte gelingen? Wie auch immer: Ich bleibe dran!

Deutsche Bahn prüft zusätzliche Toilettenanlagen

Mehrfach bin ich darauf angesprochen worden, dass es am Bahnhof Jungfernheide stinkt. Auch die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf hatte sich schon damit befasst. Und es ist tatsächlich so, an einem Ausgang Richtung Wohngebiet verrichten immer wieder die Leute ihre Notdurft. Eine öffentliche Toilette würde hier Abhilfe schaffen. Ich hatte mich deshalb mit dem Problem an die Deutsche Bahn gewandt.

Der Konzernbevollmächtigte der Bahn, Alexander Kaczmarek, hat nun darauf hingewiesen, dass zwar eigentlich für Bahnhöfe dieser Kategorie keine öffentlichen Toiletten vorgesehen seien. Allerdings seien sie in der Prüfung verschiedener Standorte für zusätzliche Toilettenanlagen. Das gibt Hoffnung – ich begrüße diese Aktivitäten und hoffe, dass sie bald zu einem positiven Ergebnis führen.

Sprecher der Berliner SPD-Abgeordneten

Vor der Konstituierung des neuen Bundestages haben mich die Berliner SPD-Abgeordneten zu ihrem Sprecher gewählt. Ich freue mich natürlich über das Vertrauen. Nach der bitteren Wahlniederlage der SPD und den mit dem Wahlergebnis verbundenen Herausforderungen gilt es nun, die Berliner Anliegen engagiert in die parlamentarische Debatte einzubringen.

Unser schlechtes Abschneiden bei der Wahl

führte auch dazu, dass unsere Fraktion kleiner geworden ist. Das trifft auch auf die Berliner Mitglieder der Fraktion zu. So werden wir uns wieder vermehrt auch um die Anliegen aus anderen Wahlkreisen kümmern müssen, die kein eigenes Mitglied des Bundestages haben. Ich werde zusätzlich zu Spandau/Charlottenburg-Nord die Betreuung von Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf übernehmen.

Kontakt:

Bürgerbüro:

Bismarckstraße 61 | 13585 Berlin | Tel.: 36 75 70 90 | Mail: info@swen-schulz.de

www.swen-schulz.de | www.facebook.com/swenschulz

Bundestag: 227 70 185